

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss)**

- a) **zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Marc Jongen, Marc Bernhard, Stephan Brandner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD – Drucksache 19/19914 –**

#### **Restitution von Sammlungsgut aus kolonialem Kontext stoppen**

- b) **zu dem Antrag der Abgeordneten Brigitte Freihold, Jan Korte, Helin Evrim Sommer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 19/9340 –**

#### **Restitution von Kulturgut aus kolonialen Kontexten gesetzlich regeln**

##### **A. Problem**

Zu Buchstabe a

Nur in begründeten Einzelfällen soll Sammlungsgut, das aus kolonialem Kontext stammt, an Herkunftsländer restituiert werden. Das fordert die Fraktion der AfD in ihrem Antrag und verweist auf die Verjährung aller Herausgabeansprüche. Die Fraktion will erreichen, dass sich die Bundesregierung unmissverständlich für die Bewahrung von Sammlungsgut aus kolonialem Kontext in deutschen Museen und Sammlungen einsetzt. Den Beweis, dass es sich im konkreten Fall bei einem Objekt um Raubgut handelt, habe das Herkunftsland zu führen. Ihm sei klarzumachen, dass kein rechtlicher Anspruch auf die Restitution bestehe, höchstens zeitlich befristete Leihgaben könnten angeboten werden.

Zu Buchstabe b

Die Bundesregierung soll einen Entwurf für ein Restitutionsgesetz erarbeiten, um Kulturgut zurückzugeben, das während der deutschen Kolonialherrschaft geraubt wurde, insbesondere in Afrika, aber auch in Asien, Ozeanien und Lateinamerika. Die Fraktion DIE LINKE. will erreichen, dass, unterhalb der Schwelle von grober

Fahrlässigkeit, Rückgabeansprüche weder mit dem Hinweis auf gutgläubigen Erwerb eines Kulturguts noch mit dem Verweis auf Verjährungsfristen abgewiesen werden können. Um nicht nur staatliche Museumsbestände zu erfassen, sondern auch die Rückerstattung von Raubgut aus kolonialem Kontext zu ermöglichen, das sich bei Privaten befindet, spricht sich die Fraktion dafür aus, einen Fonds für Ausgleichsleistungen zu schaffen. Bisher sei das Thema Restitution durch tradierte Rechtsvorstellungen geprägt, die der Bedeutung der Kolonialverbrechen nicht gerecht würden.

## **B. Lösung**

Zu Buchstabe a

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/19914 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.**

Zu Buchstabe b

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/9340 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

## **C. Alternativen**

Keine.

## **D. Kosten**

Keine.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 19/19914 abzulehnen;
- b) den Antrag auf Drucksache 19/9340 abzulehnen.

Berlin, den 24. Februar 2021

## **Der Ausschuss für Kultur und Medien**

**Katrin Budde**  
Vorsitzende

**Ansgar Heveling**  
Berichterstatter

**Helge Lindh**  
Berichterstatter

**Dr. Marc Jongen**  
Berichterstatter

**Hartmut Ebbing**  
Berichterstatter

**Brigitte Freihold**  
Berichterstatterin

**Dr. Kirsten Kappert-Gonther**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Ansgar Heveling, Helge Lindh, Dr. Marc Jongen, Hartmut Ebbing, Brigitte Freihold und Dr. Kirsten Kappert-Gonther

### I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Deutsche Bundestag überwies den Antrag auf **Drucksache 19/19914** in seiner 192. Sitzung am 19. November 2020 zur Beratung an den Ausschuss für Kultur und Medien.

Zu Buchstabe b

Der Deutsche Bundestag überwies den Antrag auf **Drucksache 19/9340** in seiner 183. Sitzung am 8. Oktober 2020 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Kultur und Medien sowie zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss und den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Nur in begründeten Einzelfällen soll Sammlungsgut, das aus kolonialem Kontext stammt, an Herkunftsländer restituiert werden. Das fordert die Fraktion der AfD in ihrem Antrag und verweist auf die Verjährung aller Herausgabeansprüche. Die Fraktion will erreichen, dass sich die Bundesregierung unmissverständlich für die Bewahrung von Sammlungsgut aus kolonialem Kontext in deutschen Museen und Sammlungen einsetzt. Den Beweis, dass es sich im konkreten Fall bei einem Objekt um Raubgut handelt, habe das Herkunftsland zu führen. Ihm sei klarzumachen, dass kein rechtlicher Anspruch auf die Restitution bestehe, höchstens zeitlich befristete Leihgaben könnten angeboten werden.

Die Fraktion begründet ihre Haltung damit, dass eine andere Politik zu einer sukzessiven Ausdünnung des Sammlungsbestandes der europäischen Museen führe. Diese Museen hätten das Sammlungsgut vorbildlich kuratiert und konserviert, sie hätten sich darum verdient gemacht, das Gedächtnis der Menschheit zu bewahren. Die Fraktion beklagt, museale Sammlungen würden instrumentalisiert, um außenpolitische Ziele zu erreichen. Angesichts eines wachsenden asiatischen Einflusses in Afrika würden Restitutionsen in unstatthafter Weise eingesetzt, um außenpolitischen Boden gutzumachen.

Zu Buchstabe b

Die Bundesregierung soll einen Entwurf für ein Restitutionsgesetz erarbeiten, um Kulturgut zurückzugeben, das während der deutschen Kolonialherrschaft geraubt wurde, insbesondere in Afrika, aber auch in Asien, Ozeanien und Lateinamerika. Die Fraktion DIE LINKE. will erreichen, dass Rückgabeansprüche weder mit dem Hinweis auf gutgläubigen Erwerb eines Kulturguts noch mit dem Verweis auf Verjährungsfristen abgewiesen werden können. Um nicht nur staatliche Museumsbestände zu erfassen, sondern auch die Rückerstattung von Raubgut aus kolonialem Kontext zu ermöglichen, das sich bei Privaten befindet, spricht sich die Fraktion dafür aus, einen Fonds für Ausgleichsleistungen zu schaffen.

Bisher sei das Thema Restitution durch tradierte Rechtsvorstellungen geprägt, die der Bedeutung der Kolonialverbrechen nicht gerecht würden. So sei nach heutigen Maßstäben auszuschließen, dass es angesichts des massiven Machtgefälles zwischen Kolonialherrschaften und Kolonisierten zu gutgläubigem Erwerb von Kulturgut aus solchen Kontexten habe kommen können. Der internationalen Entwicklung im Kulturgüterschutz- und Kunstrestitutionsrecht müsse in Deutschland eine gesetzliche Klärung der Beweislastverteilung im Kulturgüterschutz auf zivilrechtlicher Ebene folgen.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe b

Der **Auswärtige Ausschuss** empfahl in seiner 74. Sitzung am 24. Februar 2021 Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** empfahl in seiner 131. Sitzung am 24. Februar 2021 Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Zu Buchstabe a

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** empfahl in seiner 65. Sitzung am 24. Februar 2021 Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/19914 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** empfahl in seiner 65. Sitzung am 24. Februar 2021 Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/9340 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Berlin, den 24. Februar 2021

**Ansgar Heveling**  
Berichterstatter

**Helge Lindh**  
Berichterstatter

**Dr. Marc Jongen**  
Berichterstatter

**Hartmut Ebbing**  
Berichterstatter

**Brigitte Freihold**  
Berichterstatterin

**Dr. Kirsten Kappert-Gonther**  
Berichterstatterin





